

VIII. KONGRESS DER TSCHECHISCHEN HISTORIKER

Der zweite tschechische Historikerkongreß der Nachwendezeit, der im September 1999 in Hradec Králové (Königgrätz) stattfand, war als „ganz normale Arbeitstagung“ angekündigt worden. Gearbeitet wurde in den zeitweilig sechzehn parallelen Panels in der Tat intensiv. Dennoch ist die Bedeutung des gutbesuchten Treffens primär außerhalb der Referate der einzelnen Sektionen zu sehen. Und die bereits im Vorfeld des Kongresses begonnenen Debatten, für die im vollen Programm von Hradec Králové kaum Zeit blieb, sind noch lange nicht an ihr Ende gekommen. Sie werden auf einer Internetseite, die eine Gruppe von Historikern der „Akademie der Wissenschaften“ eingerichtet hat, weitergeführt¹.

Ein Jahrzehnt nach dem November 1989 war Anlaß gegeben, den Stand der historischen Forschung und Debatten zu bilanzieren. Wie stark die Entwicklung der letzten zehn Jahre von der tschechischen historiographischen Tradition geprägt ist, zeigte sich – so Jiří Pešek in seinem Eröffnungsvortrag – bereits in den Reaktionen auf die Einladung zum Kongreß. Dessen inhaltliche Gestaltung war im wesentlichen der Initiative der Historiker überlassen worden. Auf der Grundlage ihrer Themenvorschläge entstanden die Sektionen. Mit der Ausnahme eines Panels zur osteuropäischen Geschichte gab es ausschließlich Sektionen zu Fragen der tschechischen Geschichte, wobei wiederum die Geschichte der tschechisch sprechenden Gesellschaft und der tschechischen Staatlichkeit stark dominierten. Während innerhalb dieses Rahmens eine deutliche Ausweitung der Themen festzustellen war – so gab es z. B. Panels zur Kirchen-, Rechts-, Frauen-, Unternehmens- und Bildungsgeschichte – fehlten übernationale Fragestellungen und komparatistische Ansätze völlig. Erstaunt zeigte sich Pešek vor allem über das Ausbleiben einer eigenständigen Sektion zur Kommunismusforschung und zur vergleichenden Diktaturenforschung.

Daß die Geschichte der tschechischen Historiographie im allgemeinen und die der letzten Jahrzehnte im speziellen nicht auf dem Programm stand, war indessen symptomatisch. Denn über die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den gegenwärtigen Aufgaben des eigenen Fachs waren schon vor dem Kongreß in Hradec Králové heftige Auseinandersetzungen entbrannt².

¹ Unter <http://www.clavmon.cz> finden sich die zentralen Referate des Historikertages, Berichte, Kommentare und Diskussionsbeiträge und auch der weiter unten erwähnte offene Brief. – Kommentare zum Historikertag auch in *Historici mezi a o sobě* [Die Historiker unter und über sich], *Dějiny a současnost* 6 (1999) 16–25.

² Bereits vor dem Kongreß begann die Debatte in den „*Lidové Noviny*“, ab Mitte August erschienen in lockerer Folge Diskussionsbeiträge. Ein abschließender, kommentierender

Beim ersten Historikerkongreß nach 1989, der im September 1993 in Prag stattgefunden hatte, hatte Josef Peřtráň angeregt, die Differenzen zwischen ehemaligen Systemtreuen und -gegnern ruhen zu lassen und die Erfahrungen aller aktiven Historikergenerationen für die wissenschaftliche Arbeit zu nutzen³. Nicht allein die bis heute wache Erinnerung an die „Säuberungen“, die den politischen Umbrüchen von 1948 und 1968 folgten, sondern auch das Wissen um die bisweilen fließenden Übergänge zwischen der offiziellen Historiographie, der sogenannten „grauen Zone“, und dem Dissent ließ vielen diese Haltung als einzig richtig erscheinen.

Sechs Jahre später versuchte nun Jaroslav Pánek – Direktor des „Historischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften“ und Vorsitzender des „Tschechischen Historikerverbandes“ („Sdružení historiků ČR“) – alle Stränge der Geschichtsschreibung vor 1989 in einer einzigen Traditionslinie zusammenzuschließen. In seinem schon vorab veröffentlichten Diskussionsbeitrag attestierte er den Kollegen, sie hätten – unabhängig davon, ob sie in offiziellen Institutionen oder an deren Rand, im Dissent oder in der Emigration gewirkt hätten und trotz der Isolation von den wissenschaftlichen Debatten und Trends im westlichen Europa – insgesamt ordentliche Arbeit geleistet und bleibende Werte geschaffen⁴.

Gegen diese Vereinnahmung und den bewußten Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des eigenen Fachs regte sich massiver Protest. Nicht in erster Linie, weil einzelne Wissenschaftler, die während der Normalisierungszeit Institute leiteten, das auch heute wieder tun – wenn auch mancher an diesen personellen Kontinuitäten Anstoß nahm. Vielmehr, weil die Nivellierung der Geschichtsschreibung der Vorwendezeit die Analyse der Strukturen, Methoden und Fragestellungen der Forschung und der Beziehung der Historiker zur Politik verhindert. So ist es kein Zufall, daß Páneks Werturteil vor einer gründlichen Untersuchung steht und eine nennenswerte Arbeit über die tschechische Geschichtsschreibung für die Zeit nach 1945 noch nicht vorliegt.

In seinem passagenweise als direkte Polemik zu den Thesen Páneks angelegten Beitrag über die „Krise der tschechischen Historiographie“ bezeichnete Martin Nodl das allgemeine Schweigen über die Vergangenheit als den hauptsächlichen Grund für die Perpetuierung bzw. Petrifizierung der Strukturen und Arbeitsweisen des Fachs. Ein ausgeprägter Klientelismus zwingt die jüngere Historikergeneration in die alten Bahnen. Vor allem die Praxis der Stipendien- und Mittelvergabe über die Grantová Agentura (staatliche Stipendienagentur) – deren Arbeit Nodl als undurchsichtig, nichtöffentlich und frei jeder Leistungskontrolle kritisierte – fördere die

Bericht über den Kongreß erschien am 18.9.1999 in den „Lidové Noviny“. – Siehe auch den Diskussionsbeitrag Křen, Jan: Česká a německá historická paměť – včerejšek a dnešek [Die tschechische und die deutsche historische Erinnerung – gestern und heute]. ČČH 97/2 (1999) 321 – 321; und das Interview mit Jan Křen in der Tageszeitung „Právo“ vom 18.9.1999.

³ Siehe VII. Kongreß der tschechischen Historiker. BohZ 35 (1994) 150–152.

⁴ Pánek, Jaroslav: Česká historická věda a české historické vědomí (Několik námětů do diskuse) [Die tschechische historische Wissenschaft und das tschechische historische Bewußtsein (Einige Thesen zur Diskussion)]. ČČH 97/2 (1999) 311–320, hier 313.

bereits Etablierten und bringe allzuoft mittelmäßige bis unterdurchschnittliche Forschung hervor, sofern es überhaupt zur Publikation von Ergebnissen komme.

Spätestens nach diesem Referat, das im überfüllten Saal einige Unruhe hervorrief, wäre eine ausführliche Debatte wirklich wünschenswert gewesen. Zu dieser kam es aber nicht. Erst später, im Panel über die „Probleme und Aussichten der jungen Historikergeneration“ wurden einzelne der von Nodl angesprochenen (aber sicher nicht nur für die Dreißigjährigen wichtigen) Fragen wieder aufgegriffen.

Ebenfalls nicht in der gewünschten Ausführlichkeit diskutiert werden konnte das eigentliche große Thema, das Pánek mit seinem Diskussionsbeitrag dem Kongreß schon vorab gegeben hatte. Seine scharfe Kritik an einem Teil der tschechischen Tagespresse, die er der Verbreitung eines von der sudetendeutschen Landsmannschaft beeinflussten, „negativistischen Bildes der tschechischen Geschichte“ und damit des Angriffs auf die Loyalität der Bürger zum tschechischen Staat bezichtigt hatte, stellte erneut die Frage nach der gesellschaftlichen Aufgabe der Historiker.

Das Beziehungsfeld von Geschichte und Politik, das seit Palackýs Zeiten die tschechischen Historiker beschäftigt und immer wieder gespalten hat, wurde in Hradec Králové primär an den „dunklen Kapiteln der tschechischen Geschichte“ – sprich der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach 1945 – diskutiert. Diese Verknüpfung erwies sich als nicht besonders fruchtbar. Denn weder wurde produktiv darüber nachgedacht, wie die Wissenschaft mit den Medien umgehen und ihre Erkenntnisse einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln könnte, noch kam man in den Debatten über das herrschende bzw. angestrebte populäre Geschichtsbild von eher bekenntnishaften Statements zur „sudetendeutschen Frage“ weg. Und so konnte man Jan Křen für seinen deutlichen Zwischenruf, endlich von dieser „Obsession“ zu lassen und zu sachlichen Verhandlungen zurückzukommen, nur dankbar sein.

In der Tat drohten die Berichte über die in den letzten Jahren begonnene zeitgeschichtliche Forschung bisweilen in den Hintergrund zu treten. Und das war bedauerlich, denn was die Arbeit in den Archiven in den letzten Jahren zu Tage gefördert hat, ist beeindruckend. Die vorgestellten Arbeiten bzw. Projekte – z. B. über die Verfolgung der sogenannten „unzuverlässigen Bevölkerung“ in den Jahren 1945 – 1948 (Tomáš Staněk/Opava), über die Juden in den böhmischen Ländern 1938 – 1948 (Helena Krejčová/Prag), über politische Verfolgung und Repression 1948 – 1954 (Dušan Janák/Opava), über die Emigration seit 1948 (Miloš Trapl/Olomouc) und über ein oral-history-Projekt zum studentischen Protest, der den Auftakt zum Umbruch von 1989 bildete (Miroslav Vaněk/Prag) – dokumentierten nicht allein die bemerkenswerte historiographische Entwicklung an Forschungsinstituten und Universitäten außerhalb Prags. Sie boten darüber hinaus ein differenziertes, sachliches Bild gerade der konfliktreichen Jahre zwischen der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei und der Etablierung des Stalinismus, bei denen die Debatte sonst so oft im ergebnislosen Politisieren endet.

Die hier präsentierten Fragen und Ergebnisse wünschte man sich in populärer Form aufgearbeitet in Publizistik und Presse. Damit wäre viel gewonnen für das historische Bewußtsein der Gesellschaft. Und möglicherweise auch ein Einstieg gegeben in eine offene Auseinandersetzung über die Geschichte von 40 Jahren Sozialis-

mus, zu denen nicht zuletzt auch die Geschichte einer Historiographie gehört, die aus der Rolle als Objekt der Politik nicht herauskam.

Bisher jedoch kann von einer Entpolitisierung noch nicht die Rede sein. Das zeigte nicht zuletzt der im ersten Plenum verlesene offene Brief, in dem 20 Historiker gegen die Schirmherrschaft von Ministerpräsident Miloš Zeman über den Historikerkongreß protestierten. Die zum Teil allergischen Reaktionen auf dieses Schreiben ließen sich nicht allein auf Positionen wie die von Vladimír Wolf – als Dekan der „Pädagogischen Fakultät Hradec Králové“ einer der Mitveranstalter des Kongresses – zurückführen, der die Historiker aufforderte, sich auf die Verteidigung des demokratischen Staates zu konzentrieren. Der Ärger entzündete sich vielmehr auch an den mit der Verlesung des Briefes verbundenen Angriffen auf die Person des Ministerpräsidenten, die die Forderung nach einer konsequenten Trennung von Politik und Wissenschaft im Grunde genommen ad absurdum führten.

Beim achten Kongreß der tschechischen Historiker traten die Konfliktlinien innerhalb des Fachs deutlicher denn je zutage. Sie verlaufen – so mein Eindruck – einerseits entlang der bereits selbst wieder geschichtsträchtigen Opposition zwischen einer nations- und staatstragenden Historiographie und dem Versuch, die enge Bindung zwischen der Geschichtsschreibung, dem nationalen Projekt und der tschechischen Staatlichkeit aufzulösen. Andererseits brechen neue Konflikte genau dort hervor, wo auf dem Historikerkongreß von 1993 ein Schlußstrich gezogen worden war. Der Frieden, den man sich erhofft hatte, als man vor sechs Jahren beschloß, die individuelle wie die institutionelle Seite der eigenen Fachvergangenheit ruhen zu lassen, erweist sich nun als überaus brüchig. Und obwohl das Lebensalter und die persönlichen Erfahrungen der einzelnen Diskutanten ohne Zweifel eine große Rolle spielen, lassen sich diese Auseinandersetzungen nicht auf einen reinen Generationenkonflikt reduzieren.